

demos brixen | Beschlussantrag "STOP TTIP"

TTIP stoppen - Es schadet uns auch in Brixen

Prämissen:

- Der Präsident der Vereinigten Staaten Obama und der Vorsitzende der Europäischen Kommission Barroso haben im Juni 2013 offiziell die Aufnahme von Verhandlungen für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bekannt gegeben. Diese Verhandlungen laufen immer noch – völlig undurchsichtig und geheim – mit dem Ziel, die damit verbundenen Formalitäten bis Ende 2015 abzuschließen.
- Vorrangiges Ziel dieser Partnerschaft ist es, so genannte tarifäre und nicht tarifäre Handels- und Investitionshemmnisse zu beseitigen, die eine freie Handels- und Investitionstätigkeit behindern und potenzielle Gewinne der transnationalen Unternehmen dies- und jenseits des Atlantiks schmälern.

Damit gehen die Bestimmungen weit über eine Regelung des Freihandels hinaus. Unter den so genannten „nicht tarifären“ Hindernissen sind nämlich auch Gesetzesbestimmungen zur Wahrung der Rechte der ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen, zum Schutz der Gemeingüter, zur Gewährleistung von Sicherheitsstandards im Lebensmittelbereich sowie zum Schutz der Umwelt und der gesellschaftlichen Würde enthalten, die den Interessen der Konzerne im Weg stehen und an deren Einschränkung die Konzerne großes Interesse haben. Die Konzernwirtschaft verfolgt beispielsweise das Ziel, die Kontrolle über die Wasserversorgung zu erlangen.

- Sollten keine Änderungen durchgesetzt werden, wird das TTIP-Abkommen den transnationalen Konzernen das Recht einräumen, die souveränen Regierungen und lokalen Behörden vor Fall zu Fall geschaffenen Schiedsgerichten (ISDS, Investor State Dispute Settlement) zu verklagen, wenn sie aufgrund von politischen Entscheidungen der Behörden auch nur potenzielle Gewinnverluste erwarten. Dabei wird die nationale Gerichtsbarkeit komplett umgangen und eine Berufung ausgeschlossen.
- Das Deregulierungsprogramm der Handels- und Investitionspartnerschaft zielt darauf ab, neue Märkte für die transnationalen Unternehmen zu schaffen und ihnen eine Teilnahme an den Vergabeverfahren öffentlicher Dienste und öffentlicher Aufträge der Regierungen zu ermöglichen. Die Gefahr dabei ist, dass eine weitere Privatisierungswelle in Schlüsselbereichen wie das Gesundheits- und Bildungswesen ausgelöst wird.
- Die Grundbestrebungen, die TTIP und ähnlichen Abkommen zu Grunde liegen, treffen in ihren zentralen Zielsetzungen und ausdrücklich erklärten Zwecken den heutigen Entwicklungsstand der qualitätsorientierten Landwirtschaft an der Wurzel und untergraben ihre Fundamente, nämlich die Lebensmittelsicherheit sowie das Fortbestehen und die Entwicklung der lokalen Landwirtschaft. Mit

Nachdruck wird von den amerikanischen aber auch von europäischen Konzernen eine weitgehende Abschaffung der Gentechnik-Einschränkungen und -verbote in Europa gefordert.

Dies vorausgeschickt, beschließt der Brixner Gemeinderat:

- Der Gemeinderat von Brixen ist sich der positiven Auswirkungen des Freihandels bewusst, stellt jedoch fest, dass die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über die gerade von Vertretern der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten sowie Lobby-Organisationen der Konzernwirtschaft verhandelt wird, den Boden des Freihandels verlässt und eine Reihe von Regelungen und Instrumenten enthält, die schwerwiegende Auswirkungen auf die europäische Wirtschaftsstruktur, die hohen Schutzstandards für Konsumenten sowie die Zuständigkeiten der nationalen und supranationalen Gesetzgeber mit sich bringen.
- Der Gemeinderat von Brixen ist in Vertretung der Bürgerschaft der Auffassung, dass internationale Abkommen mit derart weit reichenden Konsequenzen nicht im Geheimen verhandelt werden können und fordert eine breite öffentliche Information und Debatte und die Förderung demokratischer Beteiligung durch die Bürgerschaft.
- Der Gemeinderat von Brixen stellt sich schützend vor die regionale Wirtschaft, die klein- und mittelständisch strukturiert ist und die durch die Förderung der Interessen international agierender Konzerne durch ein einseitig konzernfreundliches TTIP-Abkommen in einem bereits schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiter unter Druck geraten.
- Der Gemeinderat von Brixen ist sich bewusst, dass er keinen direkten Kompetenzen in der betreffenden Materie hat, schließt sich aber in Vertretung der Bürgerschaft den hunderten Gemeinden und den zahlreichen Regionalparlamenten Europas an, die gegen Inhalt, Auswirkungen und Vorgangsweise bei der Aushandlung des TTIP-Abkommens protestieren und unter denen sich auch die Gemeinde Meran und der Südtiroler Landtag befinden.
- Der Gemeinderat von Brixen nimmt zur Kenntnis, dass sich Bürgerinnen und Bürger in allen Mitgliedsländern der EU im Rahmen einer selbstverwalteten Europäischen Bürgerpetition engagieren und dass bereits rund zwei Millionen Unterschriften gegen den Abschluss des TTIP-Abkommens gesammelt wurden.

Der Gemeinderat von Brixen fordert den Bürgermeister und den Gemeindeausschuss auf:

- Alle in ihrer Zuständigkeit liegenden politischen Mittel einzusetzen, um die italienische Regierung zu einem Rückzug aus der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) im Rahmen des Europäischen Rates zu bewegen und damit zu verhindern, dass dieses Abkommen genehmigt wird;
- Die BürgerInnen unseres Gemeindegebietes für dieses Thema zu sensibilisieren und über die Gefahren der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für die klein- und mittelständische Wirtschaft sowie für die öffentlichen Güter wie Wasser, Bildung, Energie- und Gesundheitsversorgung zu informieren und darauf hinzuweisen, dass dieses Abkommen unter anderem den Verfassungsgrundsatz der Autonomie der Gebietskörperschaften verletzt;

- Eine Abschrift dieses Beschlusses auch dem italienischen Gemeindeverband ANCI, dem Regionalrat, dem Ministerrat, dem Italienischen und Europäischen Parlament sowie der Europäischen Kommission zukommen zu lassen.

Markus Lobis

Gemeinderat – demos brixen | bressanone

Brixen, am 9.6.2015